

Atomausstieg in der Warteschleife?

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN fordert den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie. In Deutschland laufen derzeit noch immer 17 AKWs. CDU/CSU bekunden die Absicht, den Atomausstieg rückgängig zu machen und die Reaktoren bis zum technischen Ende weiter zu betreiben. Siemens würde mit seinem französischen Partner in Deutschland bis 2020 gern 5-6 neue Atomkraftwerke bauen. Auch Politiker von CDU/CSU wollen die Option für den Bau neuer Atomkraftwerke offen halten, und die Mittel für die Atomforschung aufstocken. Nur die hohen Investitionskosten könnten eine konservative Regierung davon abhalten, diesen Wünschen nachzukommen. Die rot-grüne Bundesregierung leitete den Atomausstieg nicht wirklich ein. Die Kapazitäten der Urananreicherungsanlage in Gronau wurden verdreifacht. Künftig können so 35 Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden. Mit Hermes-Bürgschaften unterstützte Rot-Grün in China den Bau der beiden Reaktorblöcke in Lianyungang.

Neue Reaktoren in Osteuropa, subventioniert mit EU-Geldern, wie in Rumänien geschehen, will die LINKE verhindern. Sie ist gegen den Export von AKW-Technik für neue Anlagen. Eine Wiederaufarbeitung atomarer Brennstoffe lehnen sie ab, ebenso die damit verbundenen Atommülltransporte. Die Einlagerung von hochradioaktivem Müll in Gorleben ist nicht zu verantworten. Alternativen sind endlich zu prüfen. Wir brauchen in Deutschland und länderübergreifend eine zielgerichtete Diskussion unter Beachtung der Kriterien, die ein atomares Endlager erfüllen muß, denn bisher ist keine sichere Lagerung des hochradioaktiven Abfalls über Millionen Jahre sicher zu gewährleisten.

Tschernobyl und Harrisburg vergessen?

Die Risiken der Atomenergie werden nicht dadurch kleiner, dass ihre Befürworter und Förderer sie zur sichersten Form der Energiegewinnung erklären. Die schweren Atomunfälle, die sich mit den Namen wie Tschernobyl, Harrisburg, Sellafield, Tscheljabinsk und weiteren verbinden, sprechen eine andere Sprache. Für Deutschland ist die Gefahr eines schweren Atomunfalls keineswegs gebannt. Der Beinahe-GAU im AKW-Forsmark in Schweden 2006 verdeutlicht, ebenso wie deutsche Pannenmeiler, wie gefährlich wir leben und wie mangelhaft die Sicherheitsvorkehrungen wirklich sind. Terroristische Sabotageakte können auch durch noch so viele Sicherheitsvorkehrungen nicht in jedem Fall verhindert werden. Eine Studie, die die Verletzbarkeit der Anlagen zeigt, wird nicht ohne Grund von den Regierungen unter Verschluss gehalten. Die LINKE ist der Auffassung, dass bedenkliche Defizite in der technischen Sicherheit einiger Anlagen, nicht ausreichender aber auch nicht vollständig realisierbarer Schutz gegen Terrorakte bereits bei gegenwärtiger Gesetzeslage Grund genug sind, um die Atomkraftwerke über den Weg des Widerrufs von Betriebsgenehmigungen umgehend stillzulegen.

Solare Energie statt teurer Atomstrom

Völlig unzureichend ist auch die finanzielle Haftpflicht der AKW-Betreiber im Schadensfall. Allein eine ordnungsgemäße Versicherung der Anlagen, würde den Atomstrom zur teuersten Form der Energieerzeugung machen. Die Wettbewerbsverzerrung existiert nicht im Bereich der Förderung

der erneuerbaren Energien, sondern dadurch, dass der Staat die Risiken der Atomenergiegewinnung und der Abfallbeseitigung bzw. -lagerung aus Steuermitteln trägt. Verwiesen sei auch darauf, dass die vielen Produktionsschritte von der Förderung des Urans bis zum fertigen Brennelement im AKW erhebliche Mengen an Kohlendioxidemission bedeuten. Atomstrom ist also keineswegs klimaneutral wie die CDU/CSU immer behaupten. Die LINKE will die durch Rot-Grün aufgeweichten Schutzmaßstäbe in der Strahlenschutzverordnung wieder deutlich verschärfen. Auch schwach kontaminierte Abrissstoffe haben beim Straßenbau oder recycelt in Alltagsgegenständen nichts zu suchen.

Ökologische Plattform unterstützt zivilen Ungehorsam für den Atomausstieg

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN unterstützt friedliche Proteste der Anti-Atom-Bewegung, auch zivilen Ungehorsam, um einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie zu erreichen. Immer wieder beteiligten sich Mitglieder der Partei an Demonstrationen gegen Atomtransporte nach Gorleben. Die Sicherheit von Leben und Gesundheit muß bei Protestaktionen gewährleistet sein, die Grundrechte dürfen durch Polizei und Sicherheitsdienste nicht ausgehebelt werden. Die LINKE will eine dezentrale vollständig solare Energie- und Wärmeversorgung. Darauf sind Forschung und Entwicklung im Energiebereich zu konzentrieren. Deshalb halten wir auch die Forschung auf dem Gebiet der Kernfusion, die nichts anderes versucht, als natürliche Prozesse auf der Sonne unter ungeheuer großem finanziellen Aufwand auf der Erde nachzuvollziehen, für wenig sinnvoll.

Aus dem Bundestagswahlprogramm

„Zum Schutz der Erdatmosphäre müssen die Treibhausgasemissionen in den Industriestaaten gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 Prozent gesenkt werden. Darum sollte in der Bundesrepublik bis 2050 alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Das kann nur gelingen, wenn gleichzeitig die Energieeffizienz deutlich erhöht und im großen Maßstab Energie eingespart wird. Wir setzen uns dafür ein, auf der Ebene der Vereinten Nationen eine internationale Agentur für erneuerbare Energien einzurichten. Die Nutzung der Sonnenenergie muß unter anderem durch große internationale Kooperationsprojekte vorangebracht werden.“

Literaturtipps zum Atomausstieg und zu Energiepolitik :

Felix Matthes (Koordination): Mythos Atomkraft. Ein Wegweiser, 380S., 2006, (H.-Böll-Stiftung)

Tschernobyl. Vermächtnis und Verpflichtung (Osteuropa), 272S., 2006

Marko Ferst: Täuschungsmanöver Atomausstieg? Über die GAU-Gefahr, Terrorrisiken und die Endlagerung, 136S., 2007

Swetlana Alexijewitsch; Tschernobyl. Eine Chronik der Zukunft, 284S., 2000

Uwe Witt: Erneuerbare Energien - Schlüssel zukunftsfähiger Energieversorgung, 101S., 2005, (ÖPF-Publikation)

Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der LINKEN

Die „Tarantel“ ist die Zeitschrift der Ökologischen Plattform bei der LINKEN und erscheint vier Mal im Jahr. Wir berichten über Instrumente für eine ökologische Politikwende, wirksamen Klimaschutz und den Atomausstieg. Debattiert wird über den ökologischen Umbau des Steuersystems und Aspekte des Naturschutzes. Die Nord-Süd-Dimension gehört bei uns immer mit dazu. Schwerpunkt ist für uns der substantielle Ausbau ökologischer Kompetenz in der LINKEN und die Umweltdebatte in Deutschland voranzutreiben.

Bestellung: Ökologische Plattform bei der LINKEN, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin (frei, aber Spenden sind hilfreich)

Kontakt

Ökologischen Plattform bei der LINKEN,
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin,
oekoplattform@die-linke.de
Tel. 030/2411127

Internet: www.oekologische-plattform.de
(enthält Dokumente, Parteitageanträge, Artikel, Broschüren.)

Spenden an:
Berliner Bank AG, BLZ 10020 000,
Konto 43 84840000, C.VWZ. 831.141
Ökologische Plattform

Atomausstieg jetzt!

Schwarz-Rot lässt AKWs länger
als vorgesehen am Netz

DIE LINKE

Ökologische Plattform
bei der LINKEN

www.oekologische-plattform.de